

ÖFFENTLICHER VORSCHLAG ZUR TAGESORDNUNG

Absender:

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Hagen

Betreff:

Vorschlag der SPD-Fraktion

hier: Haushalt 2018/2019 - Beteiligung des Umweltausschusses zum Abschnitt Öffentliche Infrastruktur

Beratungsfolge:

08.05.2018 Ausschuss für Umwelt, Stadtsauberkeit, Sicherheit und Mobilität

Beschlussvorschlag:

- Die Verwaltung stellt die in die Zuständigkeit des Umweltausschusses im Doppelhaushalt für die Jahre 2018 / 2019 enthaltenen Haushaltsansätze vor und informiert über die konkreten aus diesen Ansätzen geplanten Maßnahmen.
- Der Umweltausschuss erwartet, dass vor Realisierung der geplanten Maßnahmen jeweils eine entsprechende Beschlussvorlage dem Ausschuss zur Entscheidung vorgelegt wird.

Kurzfassung

Entfällt.

Begründung

Siehe Anlage.

Inklusion von Menschen mit Behinderung

Belange von Menschen mit Behinderung

(Bitte ankreuzen und Teile, die nicht benötigt werden löschen.)

sind nicht betroffen

sind betroffen (hierzu ist eine kurze Erläuterung abzugeben)

Kurzerläuterung:

SPD – Fraktion im Rat der Stadt Hagen

Rathausstraße 11 58095 Hagen Tel: 02331 207 - 3505
Postfach 42 49 58042 Hagen Fax: 02331 207 - 2495

spd-fraktion-hagen@online.de | www.spd-fraktion-hagen.de

An den
Vorsitzenden des
Umweltausschusses
Herrn Georg Panzer
im Hause

Hagen, 24. April 2018

Haushalt 2018 / 2019

hier: Beteiligung des UWA zum Abschnitt Öffentliche Infrastruktur

Sehr geehrter Herr Panzer,

wir bitten um Aufnahme des og. Antrages für die nächste Sitzung des Umweltausschusses, gem. § 6 Abs.1 GeschO, am 8. Mai 2018

Beschlussvorschlag:

- Die Verwaltung stellt die in die Zuständigkeit des Umweltausschusses im Doppelhaushalt für die Jahre 2018 / 2019 enthaltenen Haushaltsansätze vor und informiert über die konkreten aus diesen Ansätzen geplanten Maßnahmen.
- Der Umweltausschuss erwartet, dass vor Realisierung der geplanten Maßnahmen jeweils eine entsprechende Beschlussvorlage dem Ausschuss zur Entscheidung vorgelegt wird.

Begründung:

Bei den Haushaltsplanberatungen zum Doppelhaushalt 2018 / 19 ist seitens der Verwaltung bei der Zuordnung der zu beratenden Haushaltsansätze insbesondere für den Abschnitt „Öffentliche Infrastruktur“ eine Beteiligung des zuständigen Umweltausschusses unterlassen worden.

Der Rat der Stadt hat in seiner letzten Sitzung das Beibehalten des Umweltausschusses mit großer Mehrheit beschlossen.

Insofern hat der Ausschuss die Aufgabe, sich weiter intensiv um die ihm übertragenen Aufgaben zu kümmern.

Der Haushalt ist für die weitere Entwicklung der Stadt auch aus Sicht des Umweltausschusses von zentraler Bedeutung.

Bei den Beratungen Anfang des Jahres hat die Verwaltung versäumt, zentrale Projekte aus dem Bereich Umwelt und Verkehr, die im Entwurf des Haushalts

enthalten waren, für die Beratungen im UWA aufzubereiten. Beispielhaft seien hier folgende Punkte genannt:

- Radwege
- Errichtung von Fahrradboxen
- Verbreiterung Marktbrücke Märkischer Ring
- Verwendung Stellplatzablöse
- Kreisverkehr Eilper Str./Volmetalstraße
- Tunnelverlängerung Hbf/Westside
- Lärminderungsmaßnahmen Saarlandstraße
- Bushaltestellen (sowohl 5.000287 als auch 5.000336)
- Lenne-Radweg
(diese Liste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit)

Da der Haushalt inzwischen beschlossen wurde, ist es zumindest geboten, dass der Ausschuss konkret über die geplanten Maßnahmen und den finanziellen Rahmen informiert wird.

Vor der Umsetzung einzelner Maßnahmen ist eine Beschlussfassung im Ausschuss erforderlich.

Mit freundlichen Grüßen



Werner König
SPD-Ratsfraktion